

INHALT

1. Kommunen sollen Krippenausbau im Ergebnis selbst finanzieren
2. Eklat im Wirtschaftsausschuss
3. Landesregierung gefährdet Bereitschaft der Kommunen zur Solidarität untereinander
4. Feuchte Nasen helfen Diabetikern
5. Leistungsfähigkeit der Feuerwehren im Land muss erhalten bleiben!
6. Niedrigste Arbeitslosenquote seit 20 Jahren

02.11.2012

Kommunen sollen Krippenausbau im Ergebnis selbst finanzieren Landesregierung setzt auf Taschenspielertricks

Beim Kommunalgipfel am Montag in der Staatskanzlei sprach Sozialministerin Kristin Alheit im Hinblick auf die Finanzierung des Ausbaus der Krippenplätze von einem „großzügigen Angebot“ an die Kommunen. Ministerpräsident Torsten Albig richtete sich laut Medienberichten mit einem „Ich verstehe, was Sie bewegt“ direkt an die kommunalen Vertreter.

Mittlerweile ist klar: Zwar sollen die Kommunen im kommenden Jahr etwa 15 Millionen Landesmittel zusätzlich für den Betrieb der Kitas erhalten – über die genaue Summe wird noch verhandelt. Gleichzeitig will die Landesregierung ihnen aber 13 Millionen Euro Landesmittel für die Grundsicherung streichen.

Das geht aus dem Bericht von Finanzministerin Heinold an den Stabilitätsrat hervor, der dem Landtag am 24. Oktober 2012 zugeleitet wurde.

„Bis der Bund 2014 die Kosten komplett übernimmt, muss das Land selbstverständlich seinen Anteil tragen. Das hatte auch die CDU-geführte Vorgängerregierung so vorgesehen, denn der Bund hat die Kosten für die Grundsicherung ausdrücklich mit dem Ziel übernommen, den Kommunen zu helfen“, erklärte CDU-Fraktionschef Johannes Callsen dazu diese Woche in Kiel.

Der CDU-Fraktionsvorsitzende bezeichnete es als unredlich, dass Albig die von ihm seit Monaten versprochenen zusätzlichen Landesmittel für den Ausbau der Krippenplätze jetzt offensichtlich mit einer Reduzierung der Landesmittel für die Grundsicherung verknüpfen wolle. Von Albigs Wahlkampfversprechen an die Kommunen sei nichts übrig geblieben. „Erst wollte er den Kommunen 120 Millionen Euro zusätzlich überweisen, dann wurde dieses Geld an den Ausbau der Kinderbetreuung gekoppelt. Und jetzt sollen die Kommunen auch den selbst bezahlen, weil ihnen das Geld an anderer Stelle weggenommen wird“, so Callsen.

Dieser Vorgang zeige darüber hinaus einmal mehr, dass die angebliche Dialogbereitschaft des Ministerpräsidenten immer erst dann beginne, wenn die Entscheidungen längst getroffen seien.

„Der Kommunalgipfel am Montag war einmal mehr nur ein billiger Taschenspielertrick: Während Ministerpräsident Albig breit lächelnd an der Tür klingelt und den Leuten tolle Geschenke anbietet, räumt seine Regierungsmannschaft hinten das Wohnzimmer aus“, so Callsen.

Link zum Bericht der Landesregierung an den Stabilitätsrat (Seite 12):

<http://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl18/umdrucke/0200/umdruck-18-0253.pdf>



CDU Fraktionschef, Johannes Callsen, MdL

Eklat im Wirtschaftsausschuss

Dänen-Ampel lehnt Anhörung der Kommunen zum Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz ab!

Laut Koalitionsvertrag will die Dänen-Ampel das Gesetz umkehren, so dass nur noch 30% in den Straßen- und 70% in den Schienenausbau fließen sollen. Ein Antrag der CDU-Fraktion sieht deshalb vor, es bei der Regelung 70:30 zu belassen. „Angesichts eines immensen Sanierungsstaus im Straßennetz ist eine weitere Reduzierung der Straßenbaumittel für die Verkehrssicherheit und den Wirtschaftsstandort unverantwortlich. Die Unterhaltung und Sanierung des Straßennetzes auf kommunaler Ebene und der Landesstraßen muss mit Nachdruck fortgesetzt werden“, begründete der CDU-Abgeordnete Hartmut Hamerich den Antrag.

Erwartungsgemäß lehnten die Fraktionen von SPD, Grünen und SSW den Antrag in dieser Woche im Wirtschaftsausschuss ab. Auch die Forderung der CDU-Fraktion, die Kommunen angesichts ihrer direkten Betroffenheit zumindest anzuhören, stimmte die Dänen-Ampel nieder. In diesem Zusammenhang kam es zu einem Eklat. Das anwesende Regierungsmitglied Staatssekretär Dr. Nägele meldete sich zu Wort und merkte an, dass nach Ansicht der Landesregierung eine Anhörung der Kommunen nicht erforderlich sei: „Nach dieser Ansage haben die Mitglieder der Regierungsfaktionen brav die Hand gehoben und den Kreisen ihr Mitspracherecht entzogen. Das ist ein bemerkenswertes Parlamentsverständnis“, kommentierte der CDU-Abgeordnete Volker Dornquast den Vorgang.

Das Verhalten der Dänenampel wirke umso erstaunlicher, weil das Land bei den

Regionalisierungsmitteln des Bundes nur eine durchleitende Funktion der Gelder an die Kommunen einnehme.

„Die Landesregierung legt die Axt an die kommunale Verkehrsinfrastruktur und hat Angst, dass die Kommunen das auch so sagen. Nur so ist die Ablehnung der Anhörung zu erklären. Dialog gibt es mit dieser Regierung offensichtlich nur dann, wenn ganz sicher alle einverstanden sind“, betonte Hamerich.

Den (abgelehnten) Antrag der CDU-Fraktion finden Sie unter folgendem Link:

<http://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl18/drucks/0100/drucksache-18-0144.pdf>



Hartmut Hamerich, MdL

Landesregierung gefährdet Bereitschaft der Kommunen zur Solidarität untereinander CDU-Fraktion intensiviert Austausch mit den Kreisen

Auf Einladung des Fraktionsvorsitzenden Johannes Callsen kamen am Dienstagabend (30. Oktober) CDU-Vertreter aus dem Landtag und den Kreisen zur 1. „Parlamentarischen Kreisrunde“ im Landeshaus zusammen, an der auch der CDU-Landesvorsitzende Jost de Jäger teilnahm. Im Mittelpunkt standen die Politik der neuen Landesregierung und deren Folgen für die Gemeinden, Städte und Kreise in Schleswig-Holstein. Im September hatte es bereits ein ähnliches Gespräch mit Vertretern der Kreisfreien Städte gegeben.

Die Teilnehmer äußerten die Sorge, dass die neue Landesregierung Städte und ländlichen Raum gegeneinander ausspielen werde. Nach den Plänen der Dänen-Ampel sollen die Städte künftig mehr Geld aus dem Kommunalen Finanzausgleich erhalten. Finanzieren will die neue Landesregierung dies absehbar jedoch nicht mit zusätzlichen Landesmitteln. Erwartet wird, dass sie den Kommunen im ländlichen Raum künftig weniger Mittel zur Verfügung stellen wird.

Zudem beklagten die kommunalen Vertreter den Wegfall des Sparzwanges für verschuldete Kommunen. So will die Landesregierung das Kommunale Haushaltskonsolidierungsgesetz modifizieren, das der frühere Innenminister Klaus Schlie auf den Weg gebracht hatte. „Das Motto „Hilfe zur Selbsthilfe“ gilt für die neue Landesregierung nicht mehr! Anstatt sparsame Kommunen für ihre Konsolidierungsanstrengungen zu belohnen, lockert sie die Auflagen für die Hilfeempfänger und bietet ihnen darüber hinaus Fehlbedarfszuweisungen an. Wo bleibt da der Anreiz für eine Kommune, weiterhin ernsthaft Konsolidierung zu betreiben? Damit gefährdet die Landesregierung die Bereitschaft der Kommunen zur Solidarität untereinander“, warnte CDU-Fraktionschef Johannes Callsen.

Die innenpolitische Sprecherin der CDU-Landtagsfraktion, Petra Nicolaisen, wies darauf hin, dass die neue Landesregierung fleißig dabei sei, den Kommunen viele Diktate von oben vorzugeben. Unter anderem plane sie die Kommunalisierung der Regionalplanung wieder zurückzunehmen. Die den Kommunen von der CDU-geführten Landesregierung eingeräumten Entscheidungskompetenzen wolle die Landesregierung schnellstmöglich wieder zurücknehmen. „Diese Regierungskoalition hat kein Vertrauen in die Arbeit der Kommunen vor Ort. Ihr Ziel ist eine zentrale Steuerung aus Kiel. Dabei weiß die Selbstverwaltung oftmals am besten, was der Kommune vor Ort gut tut“, sagte Nicolaisen.

Johannes Callsen kündigte an, die Gespräche mit den kommunalen Vertretern fortzusetzen. Die nächste Parlamentarische Kreisrunde soll am 19. Februar 2013, 17.00 Uhr, im Kieler Landeshaus stattfinden.

Feuchte Nasen helfen Diabetikern **CDU-Fraktion will sich für Anerkennung von Hypo-Hunden einsetzen**



Ein in Uelsby ausgebildeter Hypo-Hund

Manche Hunde können darauf trainiert werden, den Geruch von Unterzuckerung (Hypoglykämie) bei Menschen zu riechen. Durch antrainierte Verhaltensweisen warnen diese „Hypo-Hunde“ ihren jeweiligen Besitzer vor einem Diabetes-Schock. Der Fraktionsarbeitskreis Soziales unter der Leitung der sozialpolitischen Sprecherin Katja Rathje-Hoffmann machte sich am vergangenen Sonntag bei einem Besuch der Hypo-Hundeschule in Uelsby im Kreis Schleswig-Flensburg ein Bild von den Fähigkeiten der Hunde.

„Ich bin beeindruckt von den Leistungen der Tiere. Diese Hunde sind eine große Hilfe für die Betroffenen. Nicht nur, dass Krankenhausaufenthalte verhindert werden können. Auch Folgeschäden wie beispielsweise eine Erblindung der Erkrankten können bei rechtzeitiger Erkennung deutlich reduziert werden. Das gibt den Menschen Sicherheit und Lebensqualität“, erklärte die sozialpolitische Sprecherin der CDU-Landtagsfraktion, Katja Rahtje-Hoffmann, im Anschluss an den Besuch.

Gut ausgebildete Hunde zeigen einen drohenden Schock bereits an, wenn ein Messgerät noch ungefährliche Zuckerwerte ermittelt. In einem Gespräch vor Ort mit bereits ausgebildeten Hundebesitzern berichteten die betroffenen Diabetiker von einer deutlichen Steigerung ihrer Lebensqualität. So sei es seit der Ausbildung ihres Hundes zu einem Hypo-Hund zu keinem hypoglykämischen Schock mehr gekommen.

„Die bisherigen Erfolge zeigen, dass es nunmehr der Anerkennung von Hypo-Hunden bedarf. Insgesamt muss die Situation für Assistenzhunde besser geregelt werden. Denn: Inklusion kranker Menschen ist für uns nicht nur ein leeres Wort!“ schließt die Sprecherin für Menschen mit Behinderungen, Heike Franzen, den Besuch in Uelsby ab.

Für weitere Informationen besuchen Sie die Seite der Familie Müller:
www.hypo-hundeschule.de

Leistungsfähigkeit der Feuerwehren im Land muss erhalten bleiben! CDU-Fraktion im Gespräch mit dem Landesfeuerwehrverband

Am 24. Oktober 2012 traf sich der Fraktionsarbeitskreis Innen- und Recht zu einem ersten Informationsgespräch mit Mitgliedern des Landesfeuerwehrverbandes Schleswig-Holstein. Landesbrandmeister Detlef Radtke und Geschäftsführer Peter Schütt erklärten den Abgeordneten die über das Leitbild des Verbandes den Feuerwehren vorgegebenen Handlungsfelder. „Auf diese Weise wird sichergestellt, dass die Leistungsfähigkeit der Feuerwehren im Land dauerhaft erhalten bleiben kann“, stellte die innenpolitische Sprecherin der CDU-Fraktion, Petra Nicolaisen, im Anschluss an den Besuch fest.

Beeindruckt zeigten sich die Abgeordneten auch über das professionelle Marketing für die Imagepflege und für die Nachwuchsförderung der Feuerwehren. Ein wichtiges Anliegen war den Feuerwehren die Änderung des §76, Absatz 4 der Gemeindeordnung, mit dem Spenden und Zuwendungen an Gemeinden und damit auch die Feuerwehren geregelt werden. „Eine praktikable und transparente Vorgehensweise ist dabei unbedingt erforderlich“, forderte Nicolaisen. Ein weiteres Gesprächsthema war die Förderung des Landesfeuerwehrverbandes durch das Land, da die derzeitige Förderung als nicht auskömmlich angesehen wurde.



Barbara Ostmeier, Peter Schütt, Detlef Radtke, Petra Nicolaisen und Dr. Axel Bernstein

Niedrigste Arbeitslosenquote seit 20 Jahren Besonders gute Entwicklung bei unter 25-jährigen

Während auf Bundesebene die sich abschwächende Konjunktur auch auf dem Arbeitsmarkt bemerkbar wird, bleibt die Entwicklung in Schleswig-Holstein robust: Die Arbeitslosenquote blieb im Bund unverändert bei 6,5 Prozent. In Schleswig-Holstein ist sie im Vorjahresvergleich um 0,3 Prozent auf nun 6,4 Prozent gesunken. Derzeit sind 92.700 Menschen im Norden ohne

Arbeit.

Besonders positiv ist die Entwicklung bei den unter 25-jährigen. Hier sank die Arbeitslosigkeit im Vorjahresvergleich um fast neun Prozent auf 9500. Leicht angestiegen ist leider die Arbeitslosigkeit der über 50-jährigen.

Dies überrascht umso mehr, als die Zahl der offenen Stellen weiter angestiegen ist. Gleiches gilt für die Zahl der sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplätze.

Den Arbeitsmarktbericht finden Sie unter folgendem Link:

[http://www.arbeitsagentur.de/Dienststellen/RD-N/RD-N/A01-Allgemein-Info/Allgemein/amb/amb-SH/Oktober-2012.pdf](http://www.arbeitsagentur.de/Dienststellen/RD-N/RD-N/A01-Allgemein-Info/Allgemein/amb/amb-SH/Okttober-2012.pdf)

V.i.S.d.P

CDU-Fraktion im Schleswig-Holsteinischen Landtag

Dirk Hundertmark, Pressesprecher

Tel.: 0431/988-1440

dirk.hundertmark@cdu.ltsh.de